

Pressemitteilung

22.11..2021

Kreistagsfraktion BVR/FW im Kreistag Vorpommern-Rügen erneuert und bekräftigt Kritik zur Einschränkung der Serviceangebote durch Sparkasse Vorpommern

Bereits im Oktober 2020 kritisierte die Fraktion BVR/FW im Kreistag Vorpommern – Rügen die vorgesehenen Einschränkungen der Serviceangebote durch die Sparkasse Vorpommern sowohl im ländlichen Raum als auch in den kreisangehörigen Städten des Landkreises Vorpommern – Rügen, stellt der Fraktionsvorsitzende Mathias Löttge heute fest.

Um diesen Einschränkungen entgegen zu wirken, stellte die Fraktion BVR/FW einen entsprechenden Antrag an den Kreistag, welcher zwar zu intensiven Diskussionen in den Fachausschüssen des Kreistages, letztendlich aber doch nicht zu dem gewünschten Ergebnis eines Kreistagsbeschlusses für den Erhalt der Finanzdienstleistungen, für unsere Bürgerinnen und Bürger auf hohem Niveau, durch die Sparkasse Vorpommern führte, bedauert Löttge.

Der Sparkassenvorstand sicherte in den Ausschussberatungen zu, dass es insbesondere durch den Betrieb von SB Filialen zu keinen weiteren Verschlechterungen kommen sollte, ergänzt Rita Falkert, Fraktionsmitglied und Finanzpolitikerin in der Fraktion BVR/FW.

Wie diese Zusicherungen in der Praxis umgesetzt werden, zeigt sich nun am Beispiel der Stadt Richtenberg, stellen Rita Falkert und Mathias Löttge unisono fest.

Die Kritiken der Bürgerinnen und Bürger im Stralsunder Raum sind absolut berechtigt und finden die volle Unterstützung der Mitglieder der Fraktion BVR/FW.

Der Fraktionsvorsitzende Mathias Löttge weist nochmals darauf hin, dass es sich bei der Sparkasse um eine öffentlich-rechtliche Bank in kommunaler Trägerschaft handelt, welche einen öffentlichen Auftrag zur Versorgung mit Finanzdienstleistungen hat.

Dementsprechend sind die sich immer mehr abzeichnenden Einschränkungen der Sparkasse Vorpommern in den Finanzdienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger aber auch für die klein und mittelständische Wirtschaft im Landkreis vollkommen inakzeptabel, stellt Löttge weiter fest.

Die Fraktion erwartet in diesem Zusammenhang auch eine entsprechende Interessenvertretung durch die entsandten kommunalen Vertreter in der Verbandsversammlung und im Verwaltungsrat, so der Vorsitzende der Fraktion BVR/FW abschließend.